

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 78 (2003)
Heft: 5

Rubrik: Info + Service

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

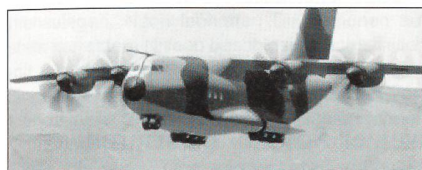
Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AUS DER LUFT GEGRIFFEN

Deutschland

Aus finanziellen Gründen werden gemäss aktueller Planung anstelle der für die Bundesluftwaffe bisher geplanten 73 Transportflugzeuge vom Typ EADS Airbus A400M nur deren 60 gekauft. Auch bei der Beschaffungsplanung betreffend das Mehrzweckkampfflugzeug Eurofighter sind Einschnitte denkbar, einschliesslich der Anzahl Luft-Luft-Lenkaffen.



Illustratorbild des EADS Airbus A400M

Griechenland

Gegen die Konkurrenz der EADS CASA C-295 entschied sich die griechische Luftwaffe für die Beschaffung von 12 taktischen Transportern des Typs Alenia/Lockheed Martin C-27J Spartan, welche ab dem Jahr 2005 ausgeliefert werden sollen.

Yemen

Zu den bereits im Einsatz stehenden 15 MiG-29 Fulcrum liefert Russland weitere 14 Kampfflugzeuge des gleichen Typs.



MiG-29 in den Farben der ehemaligen DDR

Grossbritannien

Unter der Federführung von BAE Systems und Thales sollen für die Royal Navy zwei neue Flugzeugträger gebaut werden. Sie verdrängen etwa 60 000 t, sind mit Kampfflugzeugen des Typs Lockheed Martin F-35B ausgerüstet und voraussichtlich in den Jahren 2012 respektive 2015 operationell.



Illustratorbild des britischen Flugzeugträgers

Jordanien

Die Royal Jordanian Air Force kauft bis zu 16 Mehrzweck-Hubschrauber des Typs Eurocopter EC 635T1. Neun dieser Helikopter können sofort

geliefert werden; sie stammen aus einer stornierten Bestellung Portugals.

Polen

Mit Unterstützung der russischen Herstellerfirma Suchoi sollen die polnischen Jagdbomber des Typs SU-22M4 Fitter-K noch mindestens acht Jahre einsatzbereit gehalten werden.

Russland



Als Feuerlöschflugzeug ausgerüstete russische Ilyushin IL-76 Candid

Rumänien

18 Kampfflugzeuge MiG-29 Fulcrum der rumänischen Luftwaffe werden aus dem Dienst genommen. Anstelle der ursprünglich geplanten Kampfwertsteigerung dieser MiG-29 sollen nun zusätzliche MiG-21 Lancer (modifizierte Fishbed) beschafft werden, welche dann bis etwa 2008 im Dienst bleiben. Überdies wird beabsichtigt, weitere Transporter des Typs Lockheed C-130 Hercules zu kaufen.

Schweiz

Nach 12 Jahren Ausbildungseinsatz und gesamthaft nur 19 000 Flugstunden wurden alle 19 noch vorhandenen Trainingsflugzeuge des Typs British Aerospace Hawk ausser Dienst gestellt und zum Verkauf durch die RUAG freigegeben. Nicht ausgeschlossen ist die spätere Beschaffung des Flugzeuges Pilatus PC-21.



BAE Hawk der Royal Air Force

Thailand

Nachdem die Royal Thai Air Force in den Jahren 1988–1996 36 neue General Dynamics F-16A/B Fighting Falcon beschaffte, werden gegenwärtig 16 weitere gleiche Kampfflugzeuge aus Überschussbeständen erworben.

Veteranen

Mit einer Ausschreibung im Jahr 1957 definierte die Royal Air Force das Pflichtenheft eines Nachfolgers des leichten Bombers / Aufklärers English Electric Canberra. Das daraufhin ent-



BAC TSR.2

wickelte hochkomplexe Tiefangriffsflugzeug BAC (British Aircraft Corporation) TSR.2 flog erstmals 1964, wurde dann aber aus finanziellen Gründen nicht in Serie gebaut.

USA

28 F-16A/B, welche ursprünglich zur Ablieferung an die pakistanische Luftwaffe bereitstanden und dann – infolge Exportverbot – jahrelang in Arizona eingemottet waren, wurden nun einsatzklar gemacht und an die US National Guard sowie die US Navy abgeliefert.

USAF

Infolge Kostenüberschreitungen werden die Produktionszahlen für das Kampfflugzeug Lockheed Martin F-22 Raport verkleinert auf 27 im Jahr 2004 und 32 im folgenden Jahr.



F-22 CTF Raptor

Mit dem Technologiedemonstrator «Bird of Prey» wird untersucht, wie weit Tageslicht-Stealth-Verwendung von Kampfflugzeugen künftig realisierbar ist. Das Programm McDonnell Douglas «Bird of Prey» ist bereits 10 Jahre alt und wurde bis vor kurzem als Geheimprojekt geführt. Der Erstflug erfolgte offenbar bereits 1996 auf der geheimnisumwitterten Luftwaffenbasis Tonopah AS in Nevada.

US Army

Gemäss heutiger Planung wird die Anzahl zu beschaffender Mehrzweckhubschrauber vom Typ Boeing Sikorsky RAH-66 Comanche von 1213 auf 650 herabgesetzt.



Boeing RAH-66 Comanche

US Navy

Der gegenwärtig bei Northrop Grumman Newport News, Norfolk, Virginia, im Bau befindliche zehnte Flugzeugträger der Nimitz-Klasse wird auf den Namen «President George Herbert Walker Bush» getauft. Das Kriegsschiff mit einer Länge von weit über 300 m und einer Wasserverdrängung von 104 000 t soll im Jahr 2009 operationell sein.

Venezuela

12 neue Fortgeschrittenen-Trainer des Typs Aeritalia-Aermacchi-Embraer AMX-T werden ab dem Jahr 2005 an die Aviación Militar Venezolano abgeliefert.

Verantwortlich für die Redaktion:
Martin Schafroth

MITTEILUNGEN DER VERBÄNDE

Offiziersgesellschaft beider Basel

Offiziere der Region Basel fusionieren

An den vergangenen Generalversammlungen der beiden unabhängigen Offiziersgesellschaften Basel-Land sowie Basel-Stadt entschied der Souverän, die beiden Gesellschaften zusammenzulegen. Nach lebhaften Diskussionen auf stets korrektem Niveau beschlossen schliesslich mit je gut Zweidrittelmehrheiten die Versammlungsteilnehmer den Vorschlag der beiden Vorstände zu akzeptieren. An der anschliessenden Gründungsversammlung, unter der Leitung des Tagespräsidenten Oberst Peter Lenz, wurden die neuen Statuten der **Offiziersgesellschaft beider Basel** vorbehaltlos genehmigt. Auch der Vorstand, bestehend aus in etwa je zur Hälfte Baselbieter und Baselstädter, wurde ehrenvoll in sein neues Amt eingesetzt. Mit Applaus wurde der erste Präsident, Oberstleutnant i. GSt Peter Malama, gewählt. Mit der Zusammenlegung der beiden über hundertjährigen Offiziersgesellschaften will man die Kräfte besser konzentrieren und in der Öffentlichkeit entsprechend noch mehr Flagge zeigen. Auch will man die Kostensteigerung stoppen und raschmöglichst reduzieren.

Hauptmann Walter J. Bucherer, Chef Public Relations (buchererpaper@bluewin.ch)

Referendum Armee XXI:

Neue Armee unterstützungswert

Gegen das Militärgesetz XXI und den Bevölkerungsschutz wurde das Referendum ergriffen. Man ist seitens des Referendumskomitees mit verschiedenen Details der neuen Armee – die notabene grösstenteils gar nicht im bekämpften Gesetz geregelt werden – nicht einverstanden. Hauptsächlich argumentiert man aber, das Volk müsse in die Diskussion einbezogen werden und über eine derart weit reichende Armeeform befinden können.

Es sei jetzt, wohl nachdem die Opponenten die Vernehmlassungsphase und die Parlamentsphase zur öffentlichen Diskussion der Reform verpasst haben, intensiv darüber zu diskutieren. Das tun wird gerne, weil sich dabei schnell herausstellt, dass keine Alternativen zum beschrittenen Weg existieren.

Alternativen: fehlen oder sind unbrauchbar

Die Referendumsführer versäumen nahezu vollständig darzulegen, welche Armee sie als für die Schweiz optimal erachten und vor allem wie diese politisch, finanziell und personell im heutigen Umfeld zu realisieren wäre. Mit ihrem Referendum gefährden diese Armeebefürworter sowohl die Einsatzbereitschaft als auch die Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit einer auf dem Milizprinzip

basierenden Armee. Ohne moderne Armee ist die autonome Verteidigung gefährdet. Die Referendumskräfte riskieren damit, gerade das zu fördern, was sie verneinen mit der Armee XXI schon verwirklicht zu sehen: den Nato-Beitritt. Unterstützt man das Referendum, so nimmt man bei dessen Erfolg in Kauf, dass die schwache und in Auflösung begriffene Armee 95 weiterhin gilt und die weiteren Reformarbeiten unter noch viel grösserem Finanzdruck stehen werden. Daraus resultieren würde eine völlig marginalisierte Armee à la österreichisches Bundesheer. Damit riskiert man, dass in absehbarer Zeit die Annäherung der Schweiz an ein Bündnis aus Schwäche notwendig wird und damit die Neutralitätsfrage unweigerlich gestellt würde.

Milizprinzip durch Armee 95 gefährdet

Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Familie sind heute daran interessiert, die zeitliche Belastung durch die Militärdienstpflicht zu verringern. Unternehmen – von Grossunternehmen bis zu Familienunternehmen – sind immer weniger bereit, die militärischen Absenzen von Mitarbeitern zu akzeptieren, was die Bereitschaft zur militärischen Karriere beeinträchtigt, wie die folgenden Zahlen eindrücklich zeigen:

Der Armee fehlten 2001 im Rahmen der Armee 95 6000 Offiziere und 2000 Unteroffiziere. Von 1200 für eine Offizierslaufbahn Vorgeschlagenen sagten 240 ab. Auch bei den Unteroffizieren ist es ähnlich: bei 6300 Vorschlägen mussten 830 Absagen akzeptiert werden; hinzu kamen 800 sanitärlich ausgeschiedene Anwärter. Von heute 2103 Einheitskommandanten, normalerweise alle im Grade eines Hauptmanns oder gar Majors, sind 749 Einheitskommandos durch einen Oberleutnant besetzt, weil diese weder bereit sind, den Hauptmannsgrad abzuverdienen noch die entsprechenden Lehrgänge zu absolvieren. Die – oft sehr gut begründeten – Urlaubsgesuche für Wiederholungskurse führen dazu, dass Kompanien in WK dramatische Unterbestände haben.

Wenn die Bundesverfassung das Milizprinzip vorgibt, so muss auch die Armee selber miliztauglich bleiben. Die Armee XXI verlagert darum die Dienstpflicht auf die jüngeren Jahre: Soldaten leisten in der Regel nur bis zum 26. Altersjahr Dienst. Sie stehen in der Folge dem Berufs- und Familienleben voll zur Verfügung, obwohl sie für vier Jahre in der Reserve bleiben. Die Verkürzung der Gesamtdienstleistung, vor allem für Kader, dient dem gleichen Anliegen. Der damit zusammenhängende schnellere Aufstieg erhöht zudem die Attraktivität einer militärischen Karriere. Die Entlastung der Milizkader bei der Vorbereitung von Dienstleistungen und bei der Grundausbildung erlaubt ihnen, sich stärker auf die – auch zum Erwerb von Führungskompetenz interessanteren – Aufgaben in der Führung von Verbänden zu konzentrieren. Damit steigt der Nutzen einer militärischen Karriere auf das Berufsleben, wozu auch die Zertifizierung von Teilen der Kaderausbildung beiträgt.

Anpassungen retten Milizprinzip

Wer das Prinzip des Milizsystems hochhält, muss auch darauf achten, dass die Armee miliztauglich bleibt. Die Armee XXI tut das:

- mit einer kürzeren Gesamtdienstleistung (400 statt 466 Tage für einen Wachtmeister/Korporal, 760 statt 900 Tage für einen Hauptmann);
- mit tieferen Dienstaltersgrenzen (maximal Altersjahr 34 für Soldaten, wobei in der Regel der Dienst mit 26 schon abgeleistet sein soll; in der Reserve ist kein Dienst zu leisten);

- mit der Entlastung der Milizkader bei der Vorbereitung von Dienstleistungen, aber mit deutlich verbesserter Ausbildung: längere Grundausbildung und Rückkehr zum jährlichen Wiederholungskurs
- und mit einer für die Wirtschaft interessanteren Kaderausbildung. Die Verbesserung der Ausbildungsqualität ist darum zwingend, und auch die Zertifizierung der Kaderausbildung ist absolut nötig.

Die Armee XXI ist eine Armee, die nicht länger den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft beklagt, und daran vorbeiplant, sondern vielmehr ihre Bedürfnisse aufnimmt.

Mit den Armeegegnern im selben Boot?

Die Referendumsführer müssen sich nicht zuletzt auch den Vorwurf gefallen lassen, mit Armeegegnern im gleichen Boot zu sitzen. Sie besorgen nämlich denjenigen auf der Linken das Geschäft, welche die Armee weiter marginalisieren möchten und darum ebenfalls ein Interesse daran haben, diese Armeeform zum Debakel werden zu lassen. Dass dies teilweise im Namen der «Miliz» erfolgt, ist eine Irreführung, stehen doch alle wesentlichen Milizverbände zur Armee XXI, wenn auch teilweise mangels valabler Alternative.

Die Armee XXI verdient die Unterstützung, weil sie der heutigen Bedrohung angemessen organisiert, ausgebildet und ausgerüstet sein wird. Sie entspricht den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen und sichert das Milizsystem. Sie ist eine moderne, massgeschneiderte Schweizer Lösung, welche erlaubt, unsere neutrale Eigenständigkeit zu wahren und notfalls zu verteidigen. Im Detail gibt es daran noch zu korrigieren, aber nicht auf Gesetzesstufe und am besten ohne dass sich die Armeebefürworter in den nächsten Wochen noch öffentlich zu bekämpfen haben.

Dr. Günter Heuberger (Winterthur)

Präsident Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaften

BIELER LAUFTAGE COURSES DE BIENNE

Internationaler Militärwettkampf Biel/Bienne, Schweiz, 13./14. Juni 2003

26. 100-km-Mil Patr Wettkampf (2er-Patrouillen)

Die Bieler Lauftage haben eine lange Tradition. Der 100-km-Lauf mit alljährlich mehr als 2500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Europa findet in diesem Jahr zum 45. Mal statt. Beim parallel dazu stattfindenden Patrouillenwettkampf kämpfen die besten Mannschaften aus vielen Nationen um Sieg und die Spezialauszeichnung der Offiziersgesellschaft Biel-See-land.

Es geht aber nicht nur um den Sieg, sondern ebenso um das grosse faszinierende Erlebnis in der «Nacht der Nächte». Vorbei an einer kaum mehr zu zählenden Zuschauerkulisse, vorerst durch die Stadt Biel hinaus in die Nacht durch Dörfer und Weiler und gegen den Morgen zurück ins Ziel. Als Preis, nebst Medaille und Urkunde, gilt für alle Teilnehmer die Freude und Genugtu-

ung im Verbund mit andern Kameraden eine aussergewöhnliche Leistung erbracht und einen persönlichen Sieg über sich selbst errungen zu haben.

Das Organisationskomitee freut sich, alle Patrouilleure und auch Einzelläufer aus der ganzen Welt zur «Nacht der Nächte» in Biel einzuladen.

Die näheren Wettkampfbedingungen finden Sie in der Ausschreibung Bieler Laufstage 2003. Eine perfekte Organisation, eine umfassende Betreuung vor und während des Wettkampfes sichern jedem Teilnehmer faire Wettkampfbedingungen und ein einmaliges Erlebnis in Biel, der traditionellen 100er-Stadt, zu. Ebenfalls steht allen Wettkämpfern ein preisgünstiges Unterkunftsangebot mit Verpflegung ab Mittwoch vor dem Lauf bis Sonntag zur Verfügung.

Auskunft- und Anmeldestellen:

OK Bieler Laufstage, Postfach 283,
CH-2501 Biel/Bienne,
Telefon 032/331 87 09, Telefax 032/331 87 14
E-Mail: lauftage@compuserve.com/
Internet:www100km.ch

RÜSTUNG UND TECHNIK

Rüstungsprogramm 2003 vom Bundesrat verabschiedet

Der Bundesrat hat das Rüstungsprogramm 2003 mit einem Kreditbegehren von 407 Millionen Franken verabschiedet. Das Programm enthält zwei Beschaffungsvorhaben zur Stärkung der Luftverteidigung.

Mit dem F/A-18 Hornet besitzt die Schweizer Luftwaffe ein modernes Kampfflugzeug, das noch zwei Jahrzehnte im Einsatz stehen wird. Ein Ergänzungsprogramm soll sicherstellen, dass die F/A-18-Flotte technologisch auf einem aktuellen Stand bleibt. Das vom Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedete Rüstungsprogramm 2003 sieht den zweiten Ergänzungsschritt bei der Ausrüstung und die Beschaffung einer neuen Kurzstrecken-Lenkwafe vor.

Die beantragten Rüstungsvorhaben tragen wesentlich zur Erhaltung einer glaubwürdigen Luftverteidigung bei. Der Schutz des Luftraumes ist auch in der Armee XXI von zentraler Bedeutung. Im Einzelnen soll folgendes Material beschafft werden:

Ergänzung der Ausrüstung F/A-18, zweiter Schritt (292 Millionen Franken)

Zum Paket gehört ein Helmvisier, das die Piloten im Luftkampf unterstützt. Hinzu kommen ein neues Datenübertragungssystem, die Integration einer neuen Lenkwafe und Anpassungen bei der Software. Mit dem Rüstungsprogramm 2001 wurden bereits ein Freund-Feind-Erkennungssystem und ein neues Karten-Anzeigensystem bewilligt.

Infrarotlenkwafe für F/A-18 (115 Millionen Franken)

Das Kampfflugzeug F/A-18 ist heute mit der Radarlenkwafe AMRAAM für mittlere Reichwei-

ten, der Infrarotlenkwafe Sidewinder AIM-9P für kurze Reichweiten und mit einer Bordkanone ausgerüstet. Die 1963 erstmals beschaffte Sidewinder-Lenkwafe ist operationell und technologisch veraltet und muss durch eine moderne Infrarotlenkwafe mit erweiterten Einsatzmöglichkeiten abgelöst werden. Zur Beschaffung vorgesehen ist die Lenkwafe Sidewinder AIM-9X. Auf Grund der militärischen Bedürfnisse wäre ein umfangreiches Rüstungsprogramm wünschbar gewesen. Ausgerichtet auf die finanziellen Rahmenbedingungen mussten jedoch Prioritäten gesetzt werden, die im heutigen Umfeld zu Gunsten der Luftverteidigung ausfielen. Mit dem niedrigen Verpflichtungskredit soll zudem in den nächsten Jahren Handlungsspielraum für eine materielle Sicherstellung der Armee gewahrt bleiben.

Aus «Swiss-Persona»

BLICK ÜBER DIE GRENZEN



DEUTSCHLAND

Generalinspekteur: Über die Fortsetzung der Bundeswehrreform

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, hat in der Zeitschrift «Europäische Sicherheit», Ausgabe Februar 2003, ausführlich seine Gedanken über die Fortsetzung der Reform der Bundeswehr dargelegt. Sie werden nachstehend in knapper Form wiedergegeben.

Der tief greifende Wandel der Sicherheitsbedingungen als Folge des 11. Septembers 2001, die Neuausrichtung der NATO und die Ausprägung einer europäischen Handlungsfähigkeit im Rahmen der EU haben Auswirkungen auf die Reform der Bundeswehr. Auch sollen die gewonnenen Erfahrungen aus den Auslandseinsätzen eingebracht werden. Die begonnene Reform ist an diese Verhältnisse anzupassen und weiterzuentwickeln, erklärt der General.

Andere Aufgabengewichtung

Eine erneute Überprüfung der Aufgaben der Bundeswehr sei nötig geworden. Die Verteidigung der Grenzen ist eine unwahrscheinliche Option geworden; allerdings müsse sie nach wie vor möglich bleiben, denn Verteidigung würde weiterhin die konstitutive Aufgabe der Bundeswehr bleiben. Der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr werde allerdings im multinationalen Einsatz und jenseits der deutschen Grenzen liegen.

Ein zeitgemässes Verständnis von Sicherheit und Verteidigung habe zum Ziel, Bedrohungen und Krisen durch gemeinsames Handeln auf Distanz zu halten. Verteidigung umfasse auch die Verhütung von Konflikten und gemeinsame Bewältigung von Krisen sowie darüber hinaus die Krisennachsorge, die Beteiligung am Wiederaufbau und am so genannten «nation building». Die Teilnahme an Operationen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zum Zwecke der Verteidigung und Sicherheitsvorsor-

ge sowie zur Einlösung internationaler Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland werde zukünftig die wahrscheinlichste Aufgabe der Bundeswehr sein.

Eine Armee im Einsatz

«Wir müssen die Bundeswehr umgestalten von einer Armee, die auf den Einsatz vorbereitet ist, zu einer Armee, die sich im Einsatz befindet», erklärt der General. Führungsfähigkeit, Aufklärungsfähigkeit, Verlegfähigkeit, Wirksamkeit im Einsatz und Überlebensfähigkeit wurden als die Fähigkeitenkategorien definiert, die man rasch und nachhaltig brauche.

Die dazu erforderlichen Mittel aus dem Haushalt würden angesichts der Notwendigkeit zur Konsolidierung der Staatsfinanzen auf absehbare Zeit allerdings begrenzt sein. Die im Rahmen der Reform erhofften Effizienzgewinne aus dem Betrieb und die Veräusserungsgewinne aus Liegenschaften würden ebenfalls nicht in dem ursprünglich prognostizierten Masse zufließen. Deshalb sei der Mittelbedarf bei der Rüstungsplanung vor allem durch Stückzahlreduzierungen dem verfügbaren Finanzrahmen für dieses Jahr angepasst worden.

Altes und teures Material könnte früher aus der Nutzung genommen, Betrieb und Beschaffungen von Material auf das wahrscheinlichste Einsatzspektrum konzentriert und multinationale Kooperationslösungen gesucht werden. Die Planung von Betrieb und Investitionen soll mit der Finanzplanung langfristig synchronisiert werden.

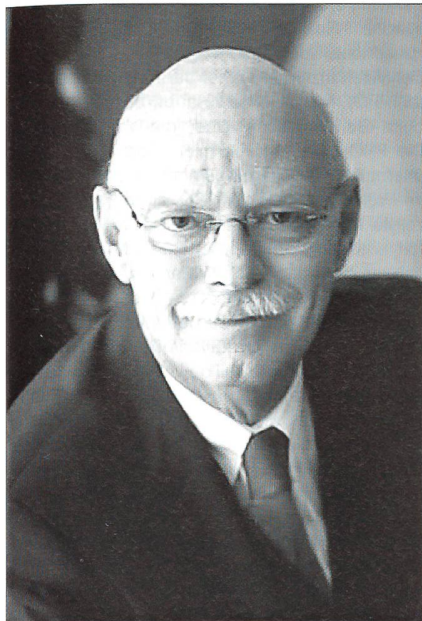
Keine Reduzierung des Streitkräfteumfanges

Vor einer Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte warnt der General. «Ich kenne die Versuchung, über eine weitere Umfangsreduzierung schnell Geld sparen zu wollen. Vor diesem Weg kann ich nur warnen. Bei der Strukturreform ist der Umfang auf 285 000 Soldaten festgelegt worden. Es gibt viele Gründe, daran nun auch festzuhalten.» Die Bundeswehr habe vielerlei Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft übernommen. Es ginge nun darum, einen Umfang zu bewahren, der die glaubwürdige Sicherstellung all dieser Verpflichtungen möglich macht und die Streitkräfte in ihren Belastungen nicht dauerhaft so überdehnt, dass am Ende auch noch der Nachwuchs wegbleibt. «Wenn die Bundeswehr ein taugliches Instrument deutscher Aussen- und Sicherheitspolitik im Konzert der internationalen Staatengemeinschaft bleiben soll, muss ein ausreichender Personalkörper vorhanden sein und der Dienst in diesen Streitkräften, gemessen an der Entwicklung in unserem zivilen Umfeld, auch noch für tüchtige junge Menschen zukunftsfähig und attraktiv bleiben», hält der Generalinspekteur unzweideutig fest.

Rene

Verteidigungsminister zur Weiterentwicklung der Bundeswehrreform

In einem Interview am 21. Februar d.J. erklärte der deutsche Verteidigungsminister Dr. Peter Struck, anlässlich der Vorstellung der Planungsweisung des Generalinspektors, seine weiteren Absichten zur Bundeswehrreform. Er stellte als Kernpunkte der von ihm gebilligten «Planungsweisung» des Generalinspektors Schneiderhan heraus, dass es das Ziel sei, sich



Verteidigungsminister Dr. Peter Struck.

finanziell «so Luft zu verschaffen», um die notwendigen Anpassungen für die geänderten Aufträge der Bundeswehr realisieren zu können. Man wolle deswegen vor allem bei den Betriebskosten sparen. Von den Inspektoren der Teilstreitkräfte müssten nun die konkreten Vorschläge erfolgen, wie man die Weisung des Generalinspektors umsetzen werde.

Beim Heer wolle man auf der Grundlage des Konzepts «Heer der Zukunft» vor allem die Durchhaltefähigkeit von Fernmelde-, Pionier- und ABC-Abwehrkräften verbessern. Dafür müsse man auf das zweite Los der Hubschrauber «Tiger» verzichten, um damit 700 Millionen Euro einzusparen.

Bei der Luftwaffe werde man die Flugabwehr-Raketenverbände «HAWK» und «Roland» schnellstmöglich ausser Dienst stellen. Sie soll dafür bis zum Jahr 2005 die Waffensysteme «Tornado» der Marine und den Auftrag des Marinefliegergeschwaders 2 übernehmen. Denn die Bundeswehr werde bis Ende 2005 zwei Geschwaderäquivalente «Tornado» auflösen, also bei Luftwaffe und Seestreitkräften zwischen 80 und 90 Flugzeuge ausser Dienst stellen. Durch diese Auflösung würde der Aufwand zwischen 2005 und 2012 um etwa 1,1 Milliarden Euro verringert. Ganz besonders könne dadurch auch auf die bisher eingeplante Nutzungsdauer-Verlängerung in der Höhe von 600 Millionen Euro verzichtet werden.

Bei den Seestreitkräften werden zehn Schnellboote der Klasse 143 bis Ende 2005 ausser Dienst gestellt.

Luft für weitere Investitionen

«Wir schaffen Luft für weitere Investitionen und wir werden die Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung künftig noch stärker an einem fähigkeitsorientierten Gesamtansatz, der alle Teilstreitkräfte umfasst, ausrichten», versicherte der Minister. Vorgesehen ist weiter:

- Beschaffung des neuen Schützenpanzers,
- Rollenanpassung «Eurofighter» 2000 und weitere Massnahmen (2. Tranche),
- Realisierung des IT-Vorhabens «Herkules»,
- Beschaffung gepanzertes Transport-Kraftfahrzeug, 1. Los,

- Beschaffung Ausstattung für die Division Spezielle Operationen,
- Beschaffung von Führungsinformationssystemen,
- Entwicklung eines Taktischen Luftverteidigungssystems,
- Beschaffung leistungsgesteigerter Flugkörper für «Patriot»,
- Entwicklung und Beschaffung von unbemannten Luftfahrzeugen,
- Beschaffung der Bewaffnung für die Korvette.

Die nächsten Schritte

Als Nächstes sei, laut Verteidigungsminister Struck, die Erlassung von neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vorgesehen. Darin werde die neue Aufgabenstellung der Bundeswehr enthalten sein. Oberstes Ziel bleibe, dass die Bundeswehr so an den Auftrag angepasst wird, dass sie in der Lage ist, über 50 000 Personen in Auslandseinsätzen zu halten.

Neue Wehrverfassung

Der Verteidigungsminister wies in dem Interview auch darauf hin, dass er den Auftrag erhalten habe, bis spätestens Ende der Legislaturperiode einen Vorschlag zur Wehrverfassung zu machen. Dies wolle er noch in diesem Jahr erledigen, damit sich die Teilstreitkräfte frühzeitig darauf einstellen könnten, wenn es Veränderungen im Auftrag und in der Dauer des Dienstes geben sollte.

Struck persönlich meinte, dass es bei der Beibehaltung der Wehrpflicht in Deutschland bliebe und auch der Wehrdienst in der Dauer von neun Monaten aufrechterhalten werde. *Rene*



GRIECHENLAND

Veränderungen bei Streitkräften bis 2015

Griechenland hat ein neues strategisches Verteidigungskonzept, angepasst den neuen Risiken und Gefährdungen, erarbeitet. Es ergeben sich daraus fünf strategische Missionen:

- Verteidigung des nationalen Territoriums,
- Stabilitätssicherung auf dem Balkan,
- kollektive Verteidigung innerhalb der NATO nach Artikel 5 des NATO-Vertrages,
- EU-Interventionen und
- friedenserhaltende EU- und OSZE-Missionen.

Athen will seine Streitkräfte in den Jahren bis 2015 dementsprechend verändern. Konsequenzen für Umfang, Struktur, Organisation und Ausrüstung sind die Folge.

Prinzipiell haben sich die Streitkräfte dem allgemeinen Trend zu quantitativ reduzierten, qualitativ besser ausgerüsteten, professioneller geführten und mobileren Streitkräften zu stellen. Der Truppenumfang (ohne Ministerium) soll von derzeit 166 000 auf 140 000 Personen reduziert werden. Den 80 000 Wehrpflichtigen werden künftig 60 000 Berufs- und Zeitsoldaten zur Seite stehen. Davon sollen 15 000 Personen für Krisenreaktionskräfte aufgestellt werden. (Auf der Capability Commitment Conference 2001 der EU hat Athen erklärt, der EU-Eingreiftruppe 4000 Mann, 40 Flugzeuge – davon 30 Kampfflugzeuge –, sechs Hubschrauber, sechs Fregatten und ein Unterseeboot zur Verfügung zu stellen.)



Griechische MEKO-200-Fregatte T-452.

Die Modernisierung der Landstreitkräfte wird sich auf bewegliche, panzergestützte Kräfte mit hoher und genauer Feuerkraft konzentrieren. Die Seestreitkräfte sollen fähig sein, die See im Kampfgebiet zu kontrollieren, die souveränen Rechte des Landes zu verteidigen und die Seewege offen zu halten. Die Luftstreitkräfte müssen in der Lage sein, die Luftverteidigung und Operationen anderer Streitkräfte zu unterstützen.

Man ist sich im Klaren, dass je stärker die integrierte Landesverteidigung und gemeinsame Krisenintervention im Rahmen von NATO und EU in Erscheinung treten werden, auch die Anforderungen an Mobilität, Flexibilität und Stationierbarkeit der Streitkräfte sich erhöhen werden. Im Bereich der Ausrüstung verlieren schwere Panzerfahrzeuge, Artilleriesysteme mit nichtlenkbarer Munition und Lenkwaffen zur Bekämpfung von Seezielen tendenziell an Bedeutung. Auf der anderen Seite steigt der Bedarf beim strategischen See- und Lufttransport, bei modernen Lenkwaffensystemen und an Kommunikationslogistik.

Athen will künftig all seine militärischen Aktivitäten in seinem politischen und Bündniskontext betrachten: Ausbildung, Beschaffung, Rüstungsindustrie, die Beziehungen zu den Verbündeten sowie der regelmässige Austausch von militärischem Führungspersonal. Griechenland hofft, bis zum Jahr 2015 diesen gewaltigen neuen Wurf für seine Streitkräfte bewältigt zu haben. *Rene*



IRAN

Geheimdienstberichte verweisen auf Atomwaffenprogramm

Am 11. März d.J. berichtete die angesehene deutsche Zeitung «Die Welt», dass ihr Berichte westlicher Nachrichtendienste vorlägen, wonach der Iran ein geheimes Atomwaffenprogramm betreibe. Im Vorfeld des Besuchs von Mohammed el Baradei, dem Direktor der Internationalen Atomenergie Agentur, im Februar, sollen iranische Behörden zahlreiche Instrumente und Maschinen versteckt haben, die Hinweise auf den tatsächlichen Entwicklungsstand des iranischen Atomprogramms geben könnten.

Vor allem die USA sehen die iranische Entwicklung eines eigenen Atomprogramms sehr kritisch. Die US-Regierung wirft Teheran vor, heimlich Atomwaffen produzieren zu wollen, was die persische Regierung jedoch bestreitet. Die «New York Times» berichtet am 9. März, IAEA-In-

spektoren hätten erstmals in einer Anlage in Iran eine hoch entwickelte Technik zur Anreicherung von Uran vorgefunden. Teheran hatte zwar in diesem Monat angekündigt, angereichertes Uran herstellen zu wollen, jedoch erklärt, sein Atomprogramm diene allein der Stromerzeugung. Dabei gebe es neben der offiziellen Stätte von Bushehr auch Anlagen, wie in Natanz (Anreicherung von Uran) und Arak (Schwerwasser), tief verbunkert und gut getarnt, die mit Hilfe der Satellitenaufklärung festgestellt worden seien. Sie wurden bisher der Wiener Atom-Aufsichtsbehörde vorenthalten und werden daher auch nicht überprüft.

Irans ehrgeizige und teure Pläne machten nur Sinn, wenn es dabei um ein Atomwaffenprogramm gehe, sagte US-Aussenamtssprecher Richard Boucher. Die USA seien sehr besorgt, dass Iran sein angeblich friedliches Programm als Vorwand nutze, um die Entwicklung von Nuklearwaffen zu forcieren. Washington zählt Iran zusammen mit Nordkorea und Irak zu so genannten «Achse des Bösen».

Rene



MAZEDONIEN

Ende der NATO-Operation Allied Harmony

Die NATO beendete die von ihr geführte Operation «Allied Harmony» in Mazedonien und übergab wie geplant die Einsatzführung an die EU. Seit Anfang April hat nun die EU mit Zustimmung der mazedonischen Regierung das Kommando über den Einsatz der Truppen in Mazedonien.

Die NATO bleibt jedoch weiterhin, aber nur zum Teil, eingebunden, weil der Stellvertreter des NATO-Oberkommandierenden in Europa (Deputy SAEUR) als EU-Befehlshaber die Einsatzführung für Mazedonien übernimmt. Auch stellt sie sowohl einen hochrangigen zivilen als auch einen hochrangigen militärischen Repräsentanten als Berater nach Skopje ab. Damit kann den mazedonischen Behörden weiter bei der Entwicklung von Reformen auf dem Sicherheitssektor und bei der Annahme von NATO-Standards geholfen werden.

Auf dem Weg der Entwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen NATO und EU ist die nun erfolgte EU-Führung ein Meilenstein, weil nun in der Praxis Mittel und Strukturen der NATO für den EU-Bedarf verwendet werden können. Lange wurde dieser Fortschritt vor allem durch Mitglieder der NATO, aber nicht der EU angehören (Türkei), aber auch durch andere (Griechenland) behindert.

«Allied Harmony» (OAH) war eine seit 16. Dezember des Vorjahres von der NATO geführte

Operation in Mazedonien. Sie folgte einem Ersuchen von Mazedoniens (FYROM) Präsident Trajkovski. Doch dieser Einsatz internationaler Truppen war nicht der erste in dem krisengefährdeten Land. Auf Bitte des mazedonischen Staatspräsidenten und mit Billigung aller Parteien der Koalitionsregierung sowie der Konfliktparteien begann im August 2001 die NATO-Operation «Essential Harvest». Sie war auf 30 Tage beschränkt und umfasste die Entwaffnung von Extremisten sowie die Vernichtung von Waffen und Munition. Auf Wunsch des mazedonischen Staatspräsidenten schloss sich die Operation «Amber Fox» an. Dazu wurde eine unter NATO-Kommando stehende Truppe mit dem Namen Task Force Fox (TFF) gebildet.

Der Einsatz OAH hatte zweifache Bedeutung: Die operationellen Elemente sahen eine Unterstützung der von der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eingesetzten internationalen Beobachter vor. Dadurch sollte ein erneutes Aufflammen von Kämpfen unter den unterschiedlichen Volksgruppen verhindert und die Bevölkerung in stabile Lebensverhältnisse zurückgeführt werden. Die beratenden Elemente unterstützen die Regierung, die Sicherheit im gesamten Land zu gewährleisten.

Anfang April hat nun die EU die Führung des Einsatzes mit der gleichen Zielsetzung übernommen. Es ist damit die erste EU-geführte militärische Operation. Die Truppe wurde von 900 auf 320 Personen reduziert.

Für den Einsatz ist kein Mandat der Vereinten Nationen (UN) erforderlich, da er auf Bitten des demokratisch gewählten Präsidenten und der mazedonischen Regierung erfolgt. Auch der UN-Sicherheitsrat hat um Unterstützung gebeten.

Rene



ÖSTERREICH

Neuerliche Heeresreform von ÖVP angekündigt

Für grosse Aufregung bei den Militärs, aber auch bei verschiedenen Politikern sorgten den Medien zugespielte Reformvorhaben der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit dem Bundesheer. Unmittelbar nach dem Amtsantritt des neuen Verteidigungsministers Günther Platter (ÖVP) veröffentlichte die Tageszeitung «Die Presse» neuerliche Reformpläne, von denen weder der neue Minister noch der Koalitionspartner in der Regierung noch das Militär etwas wusste.

«Die Presse» berichtete über die Absicht der ÖVP, den Wehrdienst von acht auf sechs Monate zu verkürzen, eine Trennung dieses Dienstes mit und ohne Waffe (für Katastrophenschutz) vorzunehmen, die Reduktion der Truppen von derzeit 24 000 auf 15 000 Personen durchzuführen, die Schliessung mehrerer (etwa neun Stück) Kasernen und das Ende des Assistenzeinsatzes zur Überwachung der Grenze zu planen. Der Wehrsprecher der ÖVP, Walter Murauer, bestätigte diese Pläne und verwies auf die neuen Möglichkeiten, die sich durch die beabsichtigte Zusammenlegung von Polizei, Zollwache und Gendarmerie ergeben könnten.

Verteidigungsminister Platter liess vorerst ausrichten, mit ihm habe bisher niemand über diese Reform gesprochen. «Hüftschüsse verfehlten meist das Ziel», fügte er hinzu. Derzeit stehe nur

das Regierungsprogramm und die darin vorgesehene «Reformkommission», der Rest seien «unseriöse Spekulationen».

Der Vizekanzler und Chef der Freiheitlichen Partei (FPÖ), Mag. Herbert Haupt, beschwerte sich beim Bundeskanzler über die Vorgangsweise: Die FPÖ sei nicht informiert worden. Auch der ehemalige Verteidigungsminister und nun Chef im Parlamentsklub der FPÖ, Herbert Scheibner, zeigte sich verärgert: «Das sind ÖVP-Pläne, die mit uns nicht abgesprochen sind.» Die Inhalte hält er für bedenklich: «Man kann beim Heer nicht den Sparstift ansetzen wie bei einer maroden Firma», gab er zu bedenken. Der Grund, warum er nicht mehr für das Ressort zur Verfügung stand, sei zum Teil gewesen, dass man seinen Budgetwünschen nicht nachkommen wollte. Auch gegen die Abgabe des Grenzschutzes an das Innenressort wettete der Ex-Minister: «Das widerspricht allen Regierungsbeschlüssen und dem Koalitionspakt. Denn nur das Bundesheer kann die Grenzen gut (und sparsam) sichern.» Die Kosten für den Einsatz von beamteten Polizisten/Gendarmen würden exorbitant anwachsen.

Generalstabschef General Rudolf Ertl wusste ebenfalls von den neuerlichen Reformplänen nichts. Er verwies auf das Regierungsprogramm mit der «Reformkommission» und meinte, dann werde man sehen, welche Pläne sich entwickeln würden. Die bekannt gewordenen Absichten seien «Sprechblasen», «Gedankengänge», «Äusserungen von Einzelnen». Im Militär munkelt man über einen «Kalten Krieg» zwischen Innen- und Verteidigungsministerium. Man vermutet, dass es Innenminister Strasser (ÖVP) langfristig auf eine Fusion der beiden Ministerien («Sicherheitsministerium») anlegt. Dann würde das Heer bloss ein Annex dieses Ministeriums sein.

Wie auch immer, die ÖVP hat weder dem neuen Minister noch dem Koalitionspartner einen guten Dienst erwiesen. So sollte man wahrlich nicht mit Parteifreunden, aber auch nicht Partnern umgehen. Dass das Bundesheer dieser Partei ein Anliegen sei, dürfte nur im Regierungsprogramm stehen. Denn den Wahrheitsbeweis – bei der Zurverfügungstellung der erforderlichen Finanzmittel – muss sie erst antreten.

Rene

Regierungsprogramm für äussere Sicherheit und Landesverteidigung:

Die mit Anfang März d. J. neu im Amt befindliche Bundesregierung Schüssel II (eine Koalition zwischen ÖVP und Freiheitlicher Partei) hat ihr Programm für die Jahre 2003 bis 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Kapitel «äussere Sicherheit und Landesverteidigung» nimmt zum Unterschied zu den früheren sozialdemokratisch geführten Regierungen der Jahre 1970 bis 1998 bereits rein formal nicht eine leitzugartige Position ein, sondern die Nummer drei der insgesamt 22 Positionen. Nur die Kapitel «Demokratie- und Staatsreform» sowie die «Europäische Union» sind vorgereicht. Schon das zeigt die Bedeutung dieser Staatsaufgabe für die Regierung. Auch inhaltlich hat sich die Bundesregierung hier klare und wichtige Ziele gesetzt.

Internationale Kooperation mit EU und NATO

In Zukunft werden neben den territorialen Verteidigungsaufgaben internationale Solidaritäts-



NATO-Truppen der Vorgängeroperation Fox.

leistungen, Katastrophenhilfe sowie Assistenzleistungen des Bundesheeres (z.B. zur Grenzsicherung) im Vordergrund stehen. Das Bundesheer muss für alle diese Aufgaben, einschliesslich der Teilnahme am gesamten Spektrum des europäischen Krisenmanagements (Petersberg-Aufgaben), der Stabilitäts- und europäischen Beistandsaufgaben, vorbereitet werden. Also sind angesichts der neuen Sicherheitslage die internationalen Aufgaben vorrangig geworden. Die Bundesregierung betont Österreichs Beitrag von derzeit 1500 Soldaten für das militärische Planungsziel der EU und will die dafür erforderliche entsprechende Ausrüstung sowie die gebotenen Massnahmen im Personalbereich sicherstellen.

Auch die Beziehungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) sollen konsequent weiterentwickelt werden. Logisch ist es deshalb auch, dass man eine enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO unterstützt. Darüber hinaus wird eine Beitrittsoption zur NATO «im Auge behalten». Ein Beitritt zum Atlantischen Bündnis wäre nicht auszuschliessen, würde allerdings nur mit Zustimmung der Bevölkerung (Volksabstimmung) erfolgen. Realistischer Weise gesteht man sich die zurzeit gegebene Minderheit bei Verfassungsfragen (hier ist für Änderungen eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erforderlich) bei der Ablehnung der NATO durch Sozialdemokraten und Grüne ein.

Bekenntnis zum Bundesheer und einer weiteren Reform

Die Bundesregierung wird alles daran setzen, um die Leistungsfähigkeit des Bundesheeres und dessen Stellenwert in der Gesellschaft zu stärken, vermittelt das Programm. Ob das auch bei der Zuweisung der erforderlichen Finanzmittel zu erkennen ist, wird sich weisen. Sonst wäre das nur ein Lippenbekenntnis. Allerdings wird mit Reformen im Heer nicht aufgehört. Die «Bedrohungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts» sowie die deswegen erforderliche Anpassung des Heeres sind die Motive für weitere Veränderungen. Dazu setzt die Bundesregierung unter Federführung des Verteidigungsministeriums eine Reformkommission ein, die auf der Basis der Bundesverfassung und der geltenden Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin die Grundlage für diese Reform bis spätestens Ende 2003 erarbeiten soll. Im Rahmen dieser Kommission sollen auch alle Fragen im Zusammenhang mit der militärischen Sicherung der österreichischen Souveränität geklärt werden. Dies weist darauf hin, erneut die verfassungsmässige Verpflichtung für die aktive Luftraumüberwachung ausser Streit zu stellen. Im Bundesheer soll eine Redimensionierung der militärischen und zivilen Führungsstrukturen des Ministeriums und nachgeordneter Führungs- und Verwaltungsstrukturen zugunsten operativer Kräfte- also der Truppe – fortgesetzt werden. Ziel ist eine schlanke und schlagkräftige Einsatzorganisation bei der Vorrangigkeit für internationale Aufgaben des Bundesheeres. Deswegen will man auch eine stufenweise Erhöhung des Professionalisierungsgrades beim Personal für internationale Einsätze erreichen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Freiwilligkeit alleine nicht ausreicht, um die gestellten Aufgaben zu bewältigen. Deshalb werden vermehrt Zeitsoldaten mit einer längeren Verpflichtungsdauer angestrebt. Regelungen im Dienstrecht zur Sicherstellung der notwendigen Personalstärken werden dafür notwendig werden und sind deshalb beabsichtigt.

Rüstungsprogramm

Beim Rüstungsprogramm steht vor allem die Nachbeschaffung der Luftraumüberwachungsflugzeuge aufgrund der bereits getroffenen Beschüsse (18 «Eurofighter») im Vordergrund. Der Ankauf soll jedoch in der gesamten Legislaturperiode nicht budgetwirksam sein. Bei Teilen der Ausrüstung und der Gerätschaften will man modernisieren: etwa bei der Manneshausrüstung, bei Funk- und Transportkapazitäten, bei elektronischen Mitteln und bei der Nachsichtausrüstung.

Rene

Günther Platter übernahm Verteidigungsressort

Wenige Tage nach seiner Angelobung übernahm am 3. März der Tiroler Günther Platter (49, ÖVP) das Amt des Verteidigungsministers.

In seiner Antrittsrede vor den Spitzen und Abordnungen des Ministeriums und der Truppe wies der neue Ressortchef auf die sich weiter verändernden Rahmenbedingungen hin. Es gelte, sich den neuen Herausforderungen für das Bundesheer im nationalen und internationalen Bereich zu stellen. Neben territorialen Verteidigungsaufgaben, Katastrophenhilfe und Assistenzleistungen rücken internationale Solidaritätsleistungen in den Vordergrund.

Platter gab auch ein klares Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ab. «Wenn wir nicht nur auf Bedrohungen reagieren, sondern Sicherheit erhalten und schaffen wollen, so kann das nur im Verbund mit unseren europäischen Partnern geschehen», betonte der neue Minister. Die Regierung Schlüssel II unterstützte daher auch die Bemühungen zur Verwirklichung einer gemeinsamen Verteidigung der EU-Staaten. Österreich soll deshalb an einer künftigen EU-Beistandsgarantie teilnehmen. Konkret angestrebt werde auch die Aufnahme einer Solidaritätsklausel gegenüber terroristischen Bedrohungen in den EU-Vertrag.

Zur Frage der Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für das Bundesheer versprach Platter, seine steten Bemühungen um einen ehrlichen Weg fortsetzen zu wollen. Um die Schweregradsetzung im europäischen Bereich schaffen zu können, werden aber nochmals Einsparungsmöglichkeiten im territorialen Bereich, in der Führung und in der Verwaltung genau zu prüfen sein. «Das ist kein Selbstzweck, sondern soll den operativen Kräften zugute kommen, vor allem jenen, die wir für internationale Einsätze brauchen.» Ohne ernsthafte und ehrliche Auseinandersetzung mit dieser Frage wird kein Mehr



Günther Platter übernahm Verteidigungsressort. Amtsübernahme: Ex-Minister Scheibner, Minister Platter, Generalstabschef General Ertl (im Bild von rechts).

an Geld für unser Bundesheer gefordert werden können.

Das Bundesheer werde jedenfalls nicht auf eine Zivilschutztruppe reduziert werden, wie es populistische Kreise immer wieder gerne hätten. Auch zu den unverzichtbaren Abfangjägern gab Platter ein klares Ja ab. Er will die Sicherheit Österreichs zu Lande und in der Luft gewährleisten und «ein Friedenssicherungsminister sein, auf den sich die Leute verlassen können».

Günther Platter wurde am 7. Juni 1954 in Zams/Tirol geboren, ist seit 1978 verheiratet und Vater von zwei Söhnen im Alter von 16 und 20 Jahren. Als gelernter Buchdrucker trat er nach Absolvierung des Präsenzdienstes 1973/1974 seinen Dienst bei der Gendarmerie an und diente später in Landeck und Imst mit den Schwerpunkten Alpinismus und Kriminaldienst.

Seine erste politische Funktion übernahm er 1986 als Gemeinderat in Zams, wo er zwischen 1989 und 2000 Bürgermeister war. Bereits 1994 wurde er Abgeordneter zum Nationalrat. Hier war er Mitglied im Innen- und Verteidigungsausschuss und Mitglied des Landesverteidigungsrates. Für die ÖVP fungierte er unter anderem als Wehrsprecher, Exekutivsprecher und Delegierter der ÖVP für WEU und NATO. Ab 2000 war Platter Tiroler Landesparteiobermann-Stellvertreter und als Landesrat für Sport, Kultur, Schule, Arbeitnehmerförderung und Staatsbürgerschaft verantwortlich.

Rene



POLEN/SLOWAKEI/ TSCHIECHIEN

Gemeinsame multinationale Brigade «Topolcany»

Im Mai 2001 vereinbarten die Verteidigungsminister von Polen, der Slowakei und Tschechiens aufgrund einer Initiative Polens, einen gemeinsamen Brigadeverband aufzustellen. Die Aufgabe dieses multinationalen Verbandes ist die Teilnahme an internationalen Peacekeeping-Einsätzen unter der Führung der NATO oder der EU im Einklang mit der UN-Charta. Die nationalen Elemente der Brigade stehen den Vertragsstaaten auch weiterhin zur Verfügung und bleiben im eigenen Land disloziert.

Ein Jahr später eröffnete man in Topolcany, Slowakei, das Hauptquartier mit dem Stab der multinationalen Brigade. Als erster Kommandant wurde Oberst Michal Regula, ein slowakischer Offizier ernannt. Sein Stellvertreter ist ein polnischer und sein Chef des Stabes ein tschechischer Offizier. Nach zwei Jahren soll ein polnischer Offizier neuer Kommandant und in weiteren zwei Jahren ein tschechischer Offizier der dritte Brigadekommandant werden.

Der Stab (mit Kommando) der Brigade hat 22 Offiziere und Warrant-Offiziere. Seit 1. Januar dieses Jahres können Übungsaktivitäten entsprechend den NATO-Standards durchgeführt werden. Gleichzeitig wurde das Hauptquartier mit 40 zusätzlichen Offizieren und Warrant-Offizieren erweitert. Diese sollen dann während der Einsätze in ihren ursprünglichen Positionen und Truppenteilen arbeiten, um die Zusammenarbeit in dem gesamten Verband zu erleichtern. In geplanten gemeinsamen Aktivitäten und Übungen soll die Brigade mit ihrem Stab und den unter-

stellten Truppen stufenweise eine volle Einsatzbereitschaft erlangen.

Tschechien stellt ein Artilleriebataillon, die polnische Armee ein Luftlandebataillon und die Slowakei ein Bataillon für den unverzüglichen Einsatz (Immediate Rapid Reaction) für diese Brigade ab. Mit Januar 2005 soll dieser Verband voll einsatzfähig sein. *Rene*



RUMÄNIEN

«Objektive Force 2007»

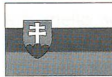
Derzeit wird bei den rumänischen Streitkräften unter dem Namen «Programm 2003» eine wesentliche Reform durchgeführt. Es sieht neben anderem vor allem eine notwendige Verkleinerung der Streitkräfte und die Bildung von effektiven einsetzbaren Kräften vor.

Weil man jedoch festgestellt hat, dass die vorgesehenen Finanzmittel nicht reichen, um all die notwendigen Verbesserungen zu erzielen und die nötige Qualität der Streitkräfte kurz- und mittelfristig zu erlangen, wurden neue Überlegungen angestellt. Die Ereignisse vom 11. September 2001 haben den Bedarf für Verbesserungen noch erhöht. Die nationalen Sicherheits- und Militärstrategien werden nun überprüft und die neuen Bedrohungen einkalkuliert. Auch die finanziellen Möglichkeiten werden nun mehr bedacht. Das Ergebnis soll in einem Programm mit dem Namen «Objektive Force 2007» festgelegt werden.

Die baldige Zugehörigkeit zum Atlantischen Bündnis ermöglicht mehr Flexibilität in der Gestaltung der Streitkräfte und in der Geschwindigkeit des Reformprozesses.

Die «Objektive Force 2007» wird wesentlich kleiner sein, als es das «Programm 2003» vorsah. Es wird wahrscheinlich nur noch aktive Truppen oder eine Kombination zwischen aktiven und territorialen Truppen geben. Auf Reservetruppen wird man weitgehend verzichten. Das Ergebnis soll eine Mischung aus schweren und leichten Truppen, zumindest für die nächste Zukunft, sein. Diese können dadurch hoch mobil und leichter einsetzbar werden. Auch die Bedeutung der Special Forces ist angesichts der neuen Bedrohungen gestiegen und soll ihren Niederschlag finden. Der Gesamtumfang wird etwa 90 000 (75 000 Militär- und 15 000 Zivilpersonen) gegenüber derzeit 94 000 Personen sein.

Man betreibt bei den Landstreitkräften eine substantielle Verminderung oder Eliminierung der Territorialtruppen sowie eine beachtliche Verkleinerung der unmittelbar geführten Truppen: überflüssige Fernmelde-, Logistik- und Verwaltungsunterstützungsverbände; auch überzählige Gebäude, Ausbildungseinrichtungen sowie die grosse Infrastruktur, die das militärische Erziehungssystem unterstützt, sollen veräußert werden. Eine oder mehrere schwere Brigaden sollen aufgelöst werden, um eine Verstärkung der leichten Kräfte zu ermöglichen. Die Seestreitkräfte sollen eine Anzahl ihrer Kommanden und Geschwader sowie einiges von ihrer Logistikinfrastruktur verlieren. Die Luftstreitkräfte sollen redundante Ausbildungseinheiten sowie Einrichtungen und andere Infrastrukturelemente verlieren. *Rene*



SLOWAKEI

Reform der Streitkräfte Modell 2010

Der Wunsch der Slowakei nach Aufnahme in die NATO hat zusammen mit geänderten Verhältnissen im Sicherheitsbereich drastische Reformvorhaben in der Armee bewirkt. Das Modell 2010 legt nun die künftige Struktur der Armee der Slowakischen Republik und deren Ausrüstung fest. Ziel ist eine relativ kleine Streitkraft, von hoher Qualität, NATO-kompatibel, die sehr gut ausgebildet und angemessen bewaffnet ist. Die finanzielle Basis dafür sind in den nächsten drei Jahren Finanzmittel im Ausmass von 1,89% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ab dem Jahr 2006 kann die Armee mit Budgetmittel von 2% BIP rechnen.

Volle Professionalisierung

Das Modell 2010 sieht eine volle Professionalisierung vor. Dabei soll vorläufig die allgemeine Wehrpflicht beibehalten werden. Allerdings wird im Jahr 2006 der letzte Wehrpflichtige die Armee verlassen haben. Die Anzahl der Zeitsoldaten soll bis dahin auf 8000 gestiegen sein, während man bei einer jährlichen Senkung der Zahl der Offiziere um 2000 Personen bis zum Jahr 2006 nur noch 4500 Offiziere haben wird. Auch das Zivilpersonal soll von derzeit 8000 auf 3500 abgesenkt werden. Die Gesamtstärke in den Streitkräften wird 24 500 Personen (20 000 Berufs-/Zeitsoldaten, 4500 Zivilpersonen) betragen.

Spitzengliederung: (bereits nach Modell 2010 angepasst):

Dem Verteidigungsministerium mit dem integrierten Generalstab unterstehen:

- Kommando Landstreitkräfte
- Kommando Luftstreitkräfte
- Kommando Ausbildung und Unterstützung

Dem **Kommando der Landstreitkräfte** werden unterstellt:

- 1 leichte Brigade (mit drei leicht bewaffneten Infanteriebataillonen),
- 1 Mechanisierte Brigade (1 Panzerbataillon, 2 Mechanisierte Bataillone,
- 1 Abteilung Panzerhaubitzen),
- 1 gemischtes Artillerieregiment,
- 1 Aufklärungsbataillon,
- 1 Fernmeldebataillon,
- 1 ABC-Abwehr-Bataillon,
- 1 Spezialkräftebataillon.

An **Ausrüstung** soll den Landstreitkräften zur Verfügung stehen:

52 Kampfpanzer, 164 gepanzerte Fahrzeuge, 96 Artilleriesysteme (einschliesslich von Raketenwerfern), 98 Granatwerfer, 9 mobile Fliegerabwehrlenkwerkstoffsysteme.



Modell 2010: Slowakische Soldaten – alle nur noch Profis.

Dem **Kommando der Luftstreitkräfte** werden unterstehen:

- 3 Fliegerbasen,
- 2 Geschwader,
- 1 Fliegerabwehr-Brigade,
- 1 Luftfeinsatz-Operationszentrum,
- 1 Radaraufklärungsbataillon,
- 1 Fernmeldebataillon,
- 1 ABC-Abwehr-Bataillon.

Als **Ausrüstung** ist vorgesehen:

18 Kampfflugzeuge, 10 Schulflugzeuge, 9–11 Transportflugzeuge, 18 Kampfhubschrauber, 18 Mehrzweckhubschrauber, 4 leichte Trainingshubschrauber, 9 Fliegerabwehrlenkwerkstoff-Batterien (mittlerer Reichweite), 1 Fliegerabwehrlenkwerkstoff-Batterie (grosser Reichweite).

Dem **Kommando Ausbildung und Unterstützung** sollen unterstehen:

alle Lehr- und Ausbildungseinheiten, das Fernmeldewesen, die Ausbildung, die Logistik sowie die Garnison Bratislava.

Der Generalstab führt unmittelbar einige Verbände wie 1 Artilleriebrigade, 1 Rapid Reaction Bataillon u.a. *Rene*

LITERATUR

Joachim Schröder

Die U-Boote des Kaisers

Die Geschichte des deutschen U-Boot-Krieges gegen Grossbritannien im Ersten Weltkrieg 2003. 515 Seiten und 12 Bildtafeln, zahlreiche Fotos, Karten, Skizzen und Faksimiledrucke. Geb. EUR (D) 34.– ISBN 3-7637-6235-3 Bernard & Graefe Verlag, Bonn

Von der Ostküste der Vereinigten Staaten von Amerika bis zum Eismeer im hohen Norden kämpften deutsche U-Boote im Ersten Weltkrieg und erzielten zum Teil Erfolge, die auch später niemals wieder erreicht wurden. Zu Kriegsbeginn 1914 selbst im eigenen Land belächelt, entwickelte sich die junge deutsche U-Boot-Waffe zur tödlichen Bedrohung der englischen Schifffahrt und brachte die Seemacht England an den Rand der Niederlage.

Erbitterte Gefechte gab es jedoch nicht nur auf hoher See zwischen deutschen U-Booten und Schiffen der Alliierten. Geradezu unglaublich erscheinen die harten Auseinandersetzungen, die zwischen deutschen Militärführern auf der einen Seite und Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auf der anderen Seite stattfanden. Streitpunkt war die warnungslose Versenkung von Handelsschiffen, der sog. uneingeschränkte U-Boot-Krieg. Auf der Grundlage neu erschlossener Archivmaterialien, v.a. aus dem Auswärtigen Amt und dem kaiserlichen Hauptquartier, lässt das Buch ein neues Bild des Kaisers entstehen, der entgegen der landläufigen Meinung kein willenloses Werkzeug seiner Militärführer war, sondern den Seekrieg massgeblich bestimmte.

Eine Vielzahl weiterer einseitiger Vorstellungen, Fehlinterpretationen und Mythenbildungen, die mit dem U-Boot-Krieg verknüpft sind, werden in diesem Buch grundlegend korrigiert. Dies betrifft u. a. das Vorgehen der U-Boote im Gefecht, die Rolle der deutschen Marineführer, die wesentlich für das Scheitern des U-Boot-Krieges verantwortlich waren, und nicht zuletzt auch das

deutsch-amerikanische Verhältnis, das den U-Boot-Krieg entscheidend beeinflusste. Der umfangreiche Anhang enthält zahlreiche Dokumente, wichtige statistische Auswertungen – so etwa über das Schicksal sämtlicher U-Boote und ihrer Besatzungen – Karten, Flugblätter, Abbildungen und Fotos, die hier grösstenteils erstmals veröffentlicht werden.

RSK

LESERBRIEF

Armee XXI unterstützenswert

Gegen die Armee XXI und den Bevölkerungsschutz wurde das Referendum ergriffen. Die Referendumsführer versäumen es aber, darzulegen, welche Armee sie für die Schweiz als optimal erachten und vor allem, wie diese politisch, finanziell und personell im heutigen Umfeld zu realisieren wäre. Mit ihrem Referendum gefährden diese Armeebefürworter sowohl die Einsatzbereitschaft als auch die Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit einer auf dem Milizprinzip basierenden Armee. Unterstützt man das Referendum, wird bei dessen Erfolg in Kauf genommen, dass die schwache, in Auflösung begriffene Armee 95 weiterhin gilt und deren Reformarbeiten unter einem sehr grossen Finanzdruck stehen werden. Die Referendumsführer müssen sich auch den Vorwurf gefallen lassen, mit den Armeegegnern im gleichen Boot zu sitzen. Sie besorgen so denjenigen auf der Linken das Geschäft, welche ein grosses Interesse daran haben, diese Armeereform zum Debakel werden zu lassen. Die Armee XXI verdient die Unterstützung, weil sie der heutigen Bedrohung angemessen organisiert, ausgebildet und ausgerüstet begegnen kann. Sie sichert das Milizsystem, entspricht den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen und ist eine moderne, massgeschneiderte Schweizer Lösung, welche es erlaubt, unsere neutrale Eigenständigkeit zu wahren und notfalls zu verteidigen. Darum Ja zur Reform des Militärgesetzes, welches auch ein Ja zur Armee XXI ist.

Wm Hugo Schönholzer, Matten b. Interlaken

Meine Gedanken zur Abstimmung Armee XXI

Wenn auch vieles anders werden soll und viele Traditionen verloren gehen werden, so müssen wir doch Folgendes sehen:

- Die Zeiten ändern sich, ob zum Besseren oder nicht, darüber lässt sich streiten.
- Wenn der Armee immer weniger finanzielle Mittel zugesprochen werden, muss sie sich wohl oder übel nach der Decke strecken.
- Wenn sich fast alle Gesellschaftsformen ändern und das Geschichtsbewusstsein abhanden kommt, muss man diese Haltung, diese Tatsachen zur Kenntnis nehmen.
- Wenn viele junge Leute nicht mehr in der Lage sind, im Kollektiv zu leben und sich wegen Banalitäten um die Wehrpflicht drücken, dann ist es besser, wenn solche Weicheier zum Wehrpflichtersatzzahlen verknürt werden. Denn die Armee kann keine Weicheier brauchen!

– Wenn die neuen Gradstrukturen zum Teil auch lächerlich sind, so ist dies halt auch hinzunehmen. Es ist das alte Problem der Fw und Instr Uof.

Unsere Verbandsspitze ist bloss aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass wenigstens der Sold der Four dem der Fw entspricht. Eine Differenz in den Soldansätzen, wie sie bis 1949 bestanden hat, ist nicht gerechtfertigt. Das Fazit meiner Überlegungen ist, dass ich auffordern möchte, der Armeevorlage von Bundesrat und Parlament zuzustimmen. Das Referendum der Gegner ist abzulehnen. Wir brauchen auch weiterhin eine Armee und hoffentlich eine gute Armee. Eine Ablehnung der Vorlage würde den Armeeebschaffern bloss erneut den Weg bereiten, unsere Armee abzuschieben.

Wie würde dann unsere schweizerische Eidgenossenschaft noch bestehen können?

Das wollen wir uns doch sicher nicht fragen wollen!

Reichert Peter, Four aD, Basel

«Änderung drängt sich auf»

«Überzeugt, dass es ein Ja gibt»

Wir stimmen am 18. Mai über die Armee XXI ab. Ein Nein zum neuen Militärgesetz würde bedeuten, die bisherige Armee 95 bliebe bestehen. Dies ist kein gangbarer Weg, denn die Armee 95 ist zu gross und zu teuer. Und wer statt der Armee XXI eine kleine Berufsarmee fordert, verkennet die Realität ebenfalls. Erstens ist diese nicht billiger zu haben, und zweitens könnte diese das Land nicht aus eigener Kraft verteidigen.

Die unvermeidbare Konsequenz eines Übergangs zu einer Berufsarmee wäre der Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis wie der Nato. Es ist klar, dass sich dies mit unserer Neutralität nicht vertragen kann! Im Mittelpunkt der Diskussionen steht zudem der Milizcharakter der Armee. Die Voraussetzung für das Funktionieren der Armee ist die Bereitschaft Einzelner, sich zu Mehraufwand zu verpflichten. Der heutigen Armee 95 laufen aber die Kader davon oder sie gehen die Verpflichtung schon gar nicht mehr ein. Warum? Die Ausbildung dauert lange und die Dienstpflicht endet erst mit 42, für die höheren Kader sogar erst mit 50! Dies verpflichtet Dienst leistende Kader zu langen Absenzen an ihren Arbeitsplätzen oder in ihrem Betrieb. Zudem geniesst die militärische Kaderausbildung bei Personalverantwortlichen nicht mehr denselben Stellenwert wie früher. Kurz, eine Änderung drängt sich auf! Die Armee XXI ist ein modernes Konzept, stärkt den Milizcharakter und entlastet die Milizkader. Die Ausbildung in der Armee erhält wieder die Anerkennung, die sie verdient.

Damian Meier, Wolhusen

Armee XXI + Schweizer Armeemuseum

Es gibt zahlreiche Militärmuseen in der Schweiz und zahllose militärische Anlagen mit musealem Charakter! Doch ein eigentliches Schweizer Armeemuseum, welches die Entwicklung des Schweizer Wehrwesens seit dem Bundesvertrag von 1815 und dem Allgemeinen Militär-Reglement von 1817 präsentiert, das

gibt es nicht. Ob Abneigungen gegen zentralistische Einrichtungen als Spätfolgen der Helvetik von 1798–1802 einem solchen Projekt in Gestalt des «Kantönligeistes» im Weg standen, soll hier nicht untersucht werden. Zwar gehen Bemühungen für ein solches Museum bis in die Zwischenkriegszeit im letzten Jahrhundert zurück, und einige Jahre war bis 1961 im Schloss Schadau in Thun eine Militärausstellung der Öffentlichkeit zugänglich.

1978 wurde der heutige Verein Schweizer Armeemuseum (VSAM) gegründet. Ende der 90er-Jahre sah es gut aus für dieses Projekt: Die ehemalige Pferderegeleanstalt beim Waffenplatz Thun wurde vom VBS zur Verfügung gestellt und ein Kredit für die baulichen Anpassungen von über 9 Millionen Franken im Bauvoranschlag 1998 eingestellt. Leider gelang es aber der Stiftung Schweizer Armeemuseum nicht, die nötigen finanziellen Mittel von privater Seite für Einrichtung und Betrieb des Armeemuseums aufzubringen; und das Projekt konnte nicht realisiert werden. Eine Eingabe des VSAM an die Landesregierung über weitergehende Beteiligung des VBS wurde vom Bundesrat abgelehnt mit dem Hinweis auf die angespannten Bundesfinanzen, und dass dafür keine gesetzliche Grundlage bestehe.

Dass es aber in der Bundeskasse noch genug Geld hat – wenn man nur will – wissen wir seit dem Swissair-Debakel und seit dem Expo.02-Defizit. Für die gesetzliche Grundlage versuchte der VSAM bei der Ausgestaltung des Militärgesetzes für die Armee XXI Einfluss zu nehmen. Und es sah gut aus; die vorberatende Kommission des Ständerates empfahl mit 13:0 Stimmen, «die Geschichte der Schweizer Armee und des VBS der Öffentlichkeit zugänglich zu machen». In der Abstimmung im Ständerat wurde der Antrag aber mit 15:14 Stimmen abgelehnt! Bekanntlich hat der Ständerat aber 46 Mitglieder, das heisst, dass rund ein Drittel der Mitglieder bei der Abstimmung abwesend war. Da solche Zustände zum Alltag in den eidgenössischen Räten gehören, so gab dies auch kein Anlass für besondere Aufmerksamkeit ...

Gegen die Änderung vom 4. Oktober 2002 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) wurde das Referendum ergriffen. Ein zentrales Argument gegen diese Änderung des Militärgesetzes lautet wie folgt: «Das Militärgesetz schafft die direkte Demokratie in wichtigen Armeefragen ab. Gemäss geplantem Militärgesetz sollen Bundesrat und Bundesversammlung zentrale Armeebelange in Verordnungen regeln können. Diese Verordnungen unterstehen aber nicht dem Referendum. Dadurch hätten die Behörden in Zukunft freie Bahn, die Armee ohne Mitbestimmung des Volkes umzugestalten.» Das Referendum, über welches das Schweizer Stimmvolk am 18. Mai abstimmen muss, höhlt die Reputation der Armeeführung und die Glaubwürdigkeit im sicherheitspolitischen Umfeld aus. Und das ist schlecht! Allein die Vorstellung aber, dass die Bundesversammlung – von welcher ein guter Teil während der Sitzung persönlichen Geschäften nachgeht – in Zukunft abschliessend über die Gestaltung der Schweizer Armee entscheiden kann, weckt Unbehagen und steht im Widerspruch zum Prinzip der Volksarmee, die der Stolz der Schweizerischen Eidgenossenschaft seit alters her ist. Darum ist das Militärgesetz über die Armee XXI zu verwerfen!

Christian Wyss; Winkel-Rüti ZH